



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Nationale Wasserstrategie

Entwurf des Bundesumweltministeriums

Kurzfassung

I. Warum brauchen wir eine Nationale Wasserstrategie?

Wasser ist überlebenswichtig. Ohne Wasser können Menschen, Tiere und Pflanzen nicht existieren, Landwirtinnen und Landwirte nichts ernten und Unternehmen nichts produzieren. Wasser ist ein Menschenrecht – keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt und sorgsam behandelt werden muss. Wasser ist in unserer Gesellschaft Lebensmittel und wichtiger Wirtschaftsfaktor: als Energiequelle, Transportmedium und Rohstoff. Die öffentliche Wasserversorgung gehört zur Daseinsvorsorge.

Der Klimawandel ist eine gewaltige Herausforderung für die Wasserwirtschaft und für alle, die Wasser nutzen. Die Sommer werden heißer und trockener. Starkregen wird häufiger, Schnee seltener. Die Grundwasserspiegel sinken, die Bodenfeuchte geht zurück. Die Trockenheit bedroht Ackerpflanzen und unseren Wald. Wasserstraßen sind immer öfter nicht mehr schiffbar. Nutzungskonflikte verstärken sich.

Dazu kommt eine zweite Herausforderung: Die Verunreinigung des Grundwassers, unserer Flüsse und Seen durch Nährstoffe wie Nitrat und Phosphor und diverse andere Stoffe. Diese Einträge gefährden den ökologischen Zustand der Gewässer und machen die Gewinnung und Bereitstellung von Trinkwasser aufwändig und teuer.

Um diese Herausforderungen zu meistern, brauchen wir grundlegende Veränderungen in unserem Umgang mit Wasser. Mit dem Entwurf der „Nationalen Wasserstrategie“ und des darin enthaltenen Aktionsprogramms legt das Bundesumweltministerium (BMU) einen Entwurf für einen gemeinsamen Umbau vor, hin zu einer nachhaltigen Wasserwirtschaft.

Grundlage des BMU-Entwurfs für eine „Nationale Wasserstrategie“ sind die Ergebnisse eines zweijährigen Nationalen Wasserdialogs. Mehr als 200 Teilnehmende aus Wasserwirtschaft, Landwirtschaft und Forschung, aus Verbänden, Ländern und Kommunen haben in diesem Rahmen zusammen mit dem BMU die wichtigsten Herausforderungen und Ziele für die Entwicklung der Wasserwirtschaft zusammengetragen. Der Nationale Bürger*innen-Dialog „Wasser“ hat weitere Ideen beigesteuert und die Forderungen der Bevölkerung an die Politik gesammelt. Denn für den Umbau zu einer nachhaltigen Wasserwirtschaft brauchen wir alle beteiligten Akteure.

II. Was soll die Nationale Wasserstrategie erreichen?

Mit der Nationalen Wasserstrategie will das Bundesumweltministerium erreichen:

- dass auch in 30 Jahren jederzeit und überall in Deutschland ausreichend qualitativ hochwertiges und bezahlbares Trinkwasser zur Verfügung steht,
- dass unser Grundwasser, unsere Seen, Bäche und Flüsse sauberer werden,
- dass eine weitere Übernutzung und Überlastung der Wasserressourcen vermieden wird,
- dass die Abwasserentsorgung weiterhin hervorragend funktioniert und die Kosten dafür verursacher- und sozial gerecht verteilt werden,
- und dass die Wasserwirtschaft sich an die Folgen des Klimawandels und die Veränderungen der Demographie anpasst.

Die Verantwortung für den sorgsam Umgang mit Wasser ist vielfältig verteilt. Viele der notwendigen Veränderungen müssen auf Ebene der Länder und Kommunen angestoßen und umgesetzt werden. Aber sie werden dies nicht allein bewältigen können. Das Bundesumweltministerium bietet daher mit der Nationalen Wasserstrategie Orientierung und Unterstützung an, es schlägt einheitliche Entscheidungskriterien vor, entwickelt Standards und fördert Forschung und Best-Practice-Beispiele.

III. Ziele und Aktionen der Nationalen Wasserstrategie

Die Nationale Wasserstrategie des BMU betrachtet die Herausforderungen der Wasserwirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2050. Sie beschreibt für zehn strategische Themen, wo wir bis 2050 in Deutschland hinwollen und welche Ziele und Maßnahmen das BMU auf dem Weg dorthin verfolgt.

Zur Wasserstrategie gehört der Entwurf eines Aktionsprogramms, das in den nächsten Jahren schrittweise umgesetzt werden soll. Im Folgenden werden einige der Schwerpunkte, Ziele und Aktionen dargestellt.



Schwerpunkt I: Wasserknappheit vorbeugen, Nutzungskonflikte vermeiden

Darum geht es: Drei aufeinander folgende Trockenjahre haben es deutlich gemacht: Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits spürbar und werden sich wahrscheinlich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verschärfen. Regional kann es zu Wasserknappheit kommen. Dem will das BMU vorbeugen, um Schäden und Nutzungskonflikte zu vermeiden.

Das Ziel für 2050: Sauberes Wasser ist in Deutschland ausreichend verfügbar, überall und jederzeit. Der Wasserhaushalt ist gegen Klimaextreme gewappnet. Landschaft und Böden fungieren dabei als natürliche Wasserspeicher. Uferbereiche von Seen und Flüssen sowie Auen, Altarme und Senken sind naturnah gestaltet und dienen wieder als natürliche Rückhalteräume und Puffer bei Hochwasser und Speicher für niederschlagsarme Phasen. Moore sind renaturiert. Für ausreichende Grundwasserneubildung ist gesorgt. Für den Fall, dass bei anhaltender Trockenheit dennoch regionale Nutzungskonflikte zwischen verschiedenen Wassernutzungen entstehen, bestehen allgemein anerkannte Mechanismen und Regeln, um zu entscheiden, welche Nutzung Vorrang hat.

Das ist zu tun – Aktionen:

- **Wasserangebot und Wasserbedarf analysieren und Versorgungskonzepte entwickeln**

Die Behörden von Bund und Ländern müssen genauer vorhersagen können, wo Wasser in Zukunft verfügbar ist und wo es gebraucht wird. Zwar verfügen wir über vielfältige wasserwirtschaftliche Daten. Aber wird deutlich, dass wir mehr Daten, Prognosen und Szenarien brauchen, um vorhersagen zu können, in welchen Regionen das Wasser knapp werden könnte. Das Stichwort ist Prognosefähigkeit. Das BMU unterstützt die Forschung und Entwicklung solcher Datensammlungen, Prognosen und Szenarien.

- **Anreize schaffen, um die Nutzung von Wasser an dessen Verfügbarkeit anzupassen**

Wasser wird regional und zeitlich nicht mehr so verfügbar sein, wie wir es gewohnt sind. Das bedeutet, dass insgesamt weniger Wasser verbraucht und die Wassernutzung gezielt gesteuert werden muss. Um dafür Anreize zu schaffen, prüft das BMU die Einführung von bundeseinheitlich geregelten Wasserentnahmeentgelten sowie das Potential „smarter“ Wassertarife, die gemeinsam mit den Wasserversorgern entwickelt werden. Bei solchen Tarifen könnte das Wasser für Nutzer*innen günstiger sein, wenn die Nachfrage gering ist. So könnten beispielsweise Anreize geschaffen werden, den Garten spät abends zu wässern oder die Waschmaschine so programmieren, dass sie nachts läuft. Dazu startet das BMU gemeinsam mit Partnern einen Modellversuch mit Privathaushalten. Perspektivisch könnten solche smarten Tarife auch in der Industrie zum Einsatz kommen.

- **Leitbilder für eine gewässerschonende Landnutzung und nachhaltige Wassernutzung entwickeln**

Das BMU startet einen Praktiker*innen-Dialog mit Land-, Forst- und Wasserwirtschaft. Ziel ist die Erstellung regionaler Leitbilder für eine gewässerschonende und klimagerechte Landnutzung und nachhaltige Wassernutzung. Konkret bedeutet das z.B. eine Umgestaltung der Be- und Entwässerung von landwirtschaftlichen Flächen oder Maßnahmen zur Vermeidung von Erosion bei Starkniederschlägen oder Hochwasser.

- **Regeln für den Umgang mit Nutzungskonflikten bei anhaltender Trockenheit aufstellen**

Das BMU startet, gemeinsam mit den Ländern, einen Beteiligungsprozess, mit dem Ziel, Empfehlungen und Kriterien dafür zu erarbeiten, wer im Fall von regionaler Wasserknappheit vorrangig Wasser

nutzen darf (Wassernutzungshierarchien). Besonders wichtig sind dabei aus Sicht des BMU die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser und der ökologische Wasserbedarf – das Mindestmaß an Wasser, das Tiere und Pflanzen zum Überleben brauchen. Die Kriterien können regional angepasst und näher ausgestaltet werden. Des Weiteren wird das BMU gemeinsam mit seinen Partnern Vorsorge- und Krisenmaßnahmen zur langfristigen Sicherung der Wasserversorgung und Krisenmaßnahmen für Extremereignisse entwickeln.

Schwerpunkt II: Wasserinfrastruktur an den Klimawandel anpassen

Darum geht es: Zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge sind die sichere Versorgung mit Wasser sowie ein effektives Abwasser- und Niederschlagsmanagement. Doch die Auswirkungen des Klimawandels wie vermehrte Starkregenereignisse, lange Hitze- und Trockenperioden und Meeresspiegelanstieg zwingen zur Modernisierung und Anpassung der über Jahrzehnte entstandenen Infrastruktur.

Das Ziel für 2050: Die Wasserinfrastruktur, also Kanalnetze, Rückhaltebecken, Wasserstraßen und Deiche, ist an das veränderte Klima angepasst und widerstandsfähig gegenüber Wasserextremen. Wo immer möglich wird bei ihrer Planung und Modernisierung auf naturbasierte oder naturnahe Elemente gesetzt. Ihr Potential wird gezielt genutzt: So dienen Flussauen dem Hochwasserschutz und dem Rückhalt von belastenden Stoffen, Grünanlagen in den Städten als Erholungsraum, Wasserspeicher und Lebensraum für Tiere und Pflanzen.

Das ist zu tun – Aktionen:

- **Kommunen bei der Klimaanpassung unterstützen**

Das BMU hat einen Drei-Punkte-Plan für bessere Klimaanpassung in Kommunen aufgelegt, damit Städte Wetterextreme wie Dürren und Starkregen besser bewältigen können. Bestandteil des Plans sind ein zentrales Beratungszentrum zur Klimaanpassung, ein BMU-Förderprogramm für Anpassungsmaßnahmen und der Wettbewerb „Blauer Kompass“, der besonders innovative Projekte der Klimaanpassung auszeichnet.

- **Wassersensible Städte bauen**

Gemeinsam mit den Kommunen und den Fachverbänden entwickelt das BMU ein Konzept für eine gewässersensible Stadtentwicklung („Schwammstadt“). Wassersensible Städte sind grün und haben viele unversiegelte Flächen, um die Speicherung und Nutzung von Regenwasser zu ermöglichen, Lebensräume für Tiere und Pflanzen zu schaffen und für Abkühlung zu sorgen. Sie werden damit gegen Hitzeperioden und Starkregen gewappnet. Die bestehenden technischen Regeln werden daraufhin überprüft, ob sie zum Erhalt des natürlichen Wasserhaushalts, Klimaanpassung und Stadtnatur beitragen, und wo nötig überarbeitet.

- **Leitlinien entwickeln für die Anpassung der Wasserinfrastruktur**

Das BMU initiiert die Entwicklung von bundesweiten Leitlinien, um die Verwaltungen und Infrastrukturbetreiber bei der langfristigen Planung zu unterstützen. Besonderen Wert wird auf natürliche und naturnahe Elemente gelegt. Denn diese sind vielfach vielseitiger und flexibler als technische Bauwerke. Die Leitlinien umfassen Praxisbeispiele von klimaangepassten Lösungen. Das BMU prüft außerdem Möglichkeiten einer Anschubfinanzierung für die breitere Umsetzung solcher Lösungen.

- **Bedarf für überregionale Wasserversorgungsinfrastruktur ermitteln**

Der Grundsatz einer möglichst ortsnahen Wasserversorgung soll auch in Zukunft gelten. Ergänzend werden aber Verbundnetze und Fernleitungen benötigt, um regionale Unterschiede in der Wasserverfügbarkeit auszugleichen. Das BMU wird gemeinsam mit den Ländern den Bedarf für solche Systeme der überregionalen Wasserversorgung bundesweit erheben, auch über Ländergrenzen hinweg. Ziel ist, dass die erforderlichen Flächen und Trassen in Raumordnungsplänen vorsorglich ausgewiesen werden können.

Schwerpunkt III: Gewässer sauberer und gesünder machen

Darum geht es: Viele Gewässer sind heute deutlich sauberer als früher. Doch bereiten insbesondere Stoffe Probleme, die früher nur unzureichend nachgewiesen werden konnten. Neben den Spurenstoffen aus Arznei- oder Pflanzenschutzmitteln sind das auch Partikel aus Kunststoff, Nährstoffe oder Keime. Sie können für Menschen, Pflanzen und Tiere gefährlich sein.

Das Ziel für 2050: Die Wasserverschmutzung durch Nährstoffe, Schadstoffe und Keime ist minimal. Wir wissen viel mehr darüber, wie Stoffe im Wasserkreislauf wirken und welche Risiken von ihnen ausgehen. Wir wissen, wie wir sicher mit Produkten umgehen, die risikobehaftete Stoffe enthalten, und nutzen wo immer möglich Alternativen. Der Null-Schadstoff-Aktionsplan der EU ist auch in Deutschland umgesetzt. Hersteller und Verwender nehmen ihre Verantwortung wahr, Stoffeinträge so weit wie möglich zu minimieren.

Das ist zu tun – Aktionen:

- **Wissen über die Verschmutzung der Gewässer verbessern**

Beim Umweltbundsamt wird ein Spurenstoffzentrum aufgebaut. Das Spurenstoffzentrum wird Quellen und Ausmaß der Wasserverschmutzung durch sogenannte Spurenstoffe, also Chemikalien aus Waschmitteln, Arzneimitteln oder Pestiziden, erforschen, Möglichkeiten zur Verringerung der Verschmutzung aufzeigen, konkrete Maßnahmen empfehlen und über die Risiken informieren.

Das BMU strebt den Aufbau einer bundesweiten Datenbank an, die Daten zu Stoffen, Stoffgruppen und Keimen aus dem Gewässermonitoring zusammenführt. Außerdem bauen Bund und Länder ein Monitoring der Nitratbelastung auf, um eine bessere Datenbasis für die Abschätzung der Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen zu erhalten.

Das BMU fördert zudem die Erprobung von Methoden, mit denen die Auswirkungen von Kunststoff in den Gewässern auf Mensch und Umwelt ermittelt und bewertet werden können.

- **Abwasserabgabe neugestalten**

Das BMU wird die Abwasserabgabe neugestalten, so dass sie stärkere Anreize für eine weitere Verringerung der Gewässerverschmutzung durch kommunales und industrielles Abwasser setzt. Die Einnahmen können unter anderem genutzt werden, um Kläranlagen mit einer vierten Reinigungsstufe auszustatten.

- **Unternehmen in die Verantwortung nehmen**

Das BMU setzt sich für EU-Regelungen ein, die Hersteller für die von Stoffen und Produkten ausgehenden Gewässerbelastungen in die Verantwortung nehmen. Ziel ist eine Vermeidung von Belastungen entlang des gesamten Lebenszyklus. Es geht aber auch um einen Beitrag der Unternehmen zur

Finanzierung des Ausbaus von Klär- und Wasseraufbereitungsanlagen. Mit einer europäischen Regelung soll eine Benachteiligung deutscher Unternehmen im Binnenmarkt vermieden werden.

- **Pandemievorsorge: Mikrobiologische Gesundheitsgefahren erkennen**

Es wird ein Monitoring aufgebaut, das dazu dienen soll zunächst im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie frühzeitig Informationen für Trendaussagen zur Entwicklung der Pandemie zu erhalten. Daneben soll die Identifizierung neuer Virusvarianten bzw. relevanter Mutationen basierend auf Sequenzierungen von Abwasserproben ermöglicht werden. Die Corona-Pandemie wird voraussichtlich nicht die letzte ihrer Art sein. Andere Viren oder multiresistente Krankheitserreger, die unsere Gesundheit bedrohen, könnten über ein etabliertes Abwasser-Monitoring in Zukunft ebenfalls auf vergleichbare Weise aufgespürt werden.

Schwerpunkt IV: Finanzierung für den Umbau der Wasserwirtschaft auf eine breite Basis stellen

Für die Modernisierung des Wassersektors und die Anpassung an den Klimawandel sind große Investitionen mit entsprechendem Finanzierungsbedarf erforderlich. Der Bund sollte hier einen Beitrag leisten, durch eine direkte Beteiligung an der Finanzierung und durch die Weiterentwicklung bzw. das Schaffen von Finanzierungsinstrumenten. Die Strategie enthält deshalb eine Kombination entsprechender Vorschläge.

- **Sofortprogramm: Eine Milliarde Euro für Gewässerentwicklung und Anpassung der Wasserwirtschaft an den Klimawandel**

Das BMU setzt sich für ein Sofortprogramm des Bundes ein, das den ökologischen Zustand der Gewässer verbessert und ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel erhöht. Dafür sollen in den nächsten 10 Jahren jeweils 100 Millionen Euro bereitgestellt werden. Das Geld fließt in Renaturierungsmaßnahmen, den Abbau von Hindernissen für wandernde Arten, die Beschattung von Gewässern gegen Erwärmung und die Rückgewinnung bzw. Schaffung natürlicher Speicher als Vorsorge gegen Trockenheit. Auch eine Förderung des Ausbaus von Kläranlagen mit zusätzlichen Reinigungsstufen soll ermöglicht werden, um Spurenstoffe besser herausfiltern zu können.

Daneben will das BMU durch die Neugestaltung der **Abwasserabgabe** und durch eine **Stärkung der Hersteller- und Produktverantwortung** (beides: siehe Schwerpunkt III) die Kosten für die notwendige Modernisierung des Wassersektors auf eine breitere Basis stellen und die Privatwirtschaft stärker in die Pflicht nehmen.

Auch über diese Schwerpunkte hinaus gibt es viel zu tun. Insgesamt umfasst das Aktionsprogramm 57 Maßnahmen. Um die Wasserwirtschaft fit für die Zukunft zu machen, brauchen wir eine leistungsfähige und digital vernetzte Verwaltung, die gut organisiert und mit qualifizierten Mitarbeiter*innen ausgestattet ist. Es gilt, das Wasserrecht weiterzuentwickeln und auch andere Gesetze daraufhin zu prüfen, ob sie zu den Zielen für die Wasserwirtschaft von morgen passen. Und nicht zuletzt geht es darum zu zeigen, wie man Wasser verantwortungsbewusst nutzen kann. Das gilt für Unternehmen, Landwirtschaft, Verkehr und jeden und jede einzelne.

IV. Wie geht es weiter?

Der nächste Schritt ist, aus dem Entwurf der Nationalen Wasserstrategie eine abgestimmte Nationale Wasserstrategie der Bundesregierung zu machen. Deren Umsetzung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, der Wasserwirtschaft und aller Gruppen, die am Wasserdiallog beteiligt waren.

Das Aktionsprogramm beschreibt ein Bündel von Maßnahmen, die bis zum Jahr 2030 schrittweise ergriffen werden sollen. Die Umsetzung des Aktionsprogramms beginnt jetzt und soll spätestens nach sechs Jahren im Rahmen eines Fortschrittsberichts zur Nationalen Wasserstrategie evaluiert werden, das Aktionsprogramm wo nötig angepasst und ergänzt.